

Die Linke Fraktion in der StVV Bad Sooden-Allendorf
Borngasse 4, 37242 Bad Sooden-Allendorf

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Tobias Klenke
Marktplatz 8
37242 Bad Sooden-Allendorf
per Mail an: gremiendienst@bad-sooden-allendorf.de

**Die Linke Fraktion in der StVV
Bad Sooden-Allendorf**

Postanschrift:
Borngasse 4
37242 Bad Sooden-Allendorf

bsa@die-linke-wmk.de
www.die-linke-wmk.de/bsa

Bad Sooden-Allendorf, der 06.08.2026
Antrag auf Umbenennung des Hindenburgplatzes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der **Hindenburgplatz** in Bad Sooden-Allendorf wird umbenannt. Die Stadt Bad Sooden-Allendorf beendet damit die Ehrung Paul von Hindenburgs im öffentlichen Raum.
2. Zur Neubenennung werden folgende Namen vorgeschlagen:
 - a. **Rudolf-Bodenheim-Platz**
 - b. **Dr.-Walter-Lübcke-Platz**
 - c. **Rosa-Luxemburg-Platz**
3. Der **Finanz- und Sozialausschuss** berät die drei Vorschläge und legt der Stadtverordnetenversammlung eine Empfehlung für einen Namen vor.
4. Der Magistrat legt dem Finanzausschuss für die Beratung die Zahl der betroffenen Haushalte so wie die Kosten einer Umbenennung vor.
5. Über den Namensvorschlag des Ausschusses entscheidet die Stadtverordnetenversammlung in einer ihrer folgenden Sitzungen.
6. Der Magistrat wird ersucht, die beschlossene Umbenennung umzusetzen, den betroffenen Haushalten und Gewerbetreibenden die notwendigen Ummeldungen so unbürokratisch und kostenfrei wie möglich zu machen und am Platz eine **Erläuterungstafel** anzubringen, die sowohl über die namensgebende Person als auch über den Anlass der Umbenennung informiert.

Begründung

Warum der Name Hindenburg keine Ehrung mehr verdient

Straßen- und Platznamen sind keine bloßen Adressen. Sie sind die Ehrentafel einer Stadt. Wen eine Kommune dauerhaft im Stadtbild führt, den stellt sie – gewollt oder ungewollt – ihren Bürgerinnen und Bürgern als vorbildlich vor Augen. Paul von Hindenburg erfüllt diesen Anspruch nicht.

Hindenburg und die Dolchstoßlegende. Schon vor 1933 hat Hindenburg der jungen Republik schwer geschadet. Als Chef der Obersten Heeresleitung trug er maßgeblich zur Verbreitung der Legende bei, das im Feld „unbesiegte“ deutsche Heer sei durch Sozialdemokraten, Juden und Linke in der Heimat „von hinten erdolcht“ worden. Diese Lüge war eine der wirkungsvollsten Waffen gegen die Weimarer Demokratie – und sie lieferte den Nationalsozialisten die Erzählung vom inneren Feind, mit der sie später ihre Verfolgungspolitik legitimierten.

Hindenburg und die Aushöhlung der Demokratie. Als Reichspräsident regierte Hindenburg ab 1930 zunehmend am Parlament vorbei: Er ernannte und entließ Kanzler nach eigenem Gutdünken, ließ mit Notverordnungen nach Artikel 48 regieren und setzte mit dem sogenannten „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932 die rechtmäßige preußische Landesregierung ab. Damit zerstörte er das letzte große demokratische Bollwerk gegen den Nationalsozialismus – noch bevor Hitler an der Macht war.

Hindenburg und die Machtübertragung an Hitler. Am 30. Januar 1933 ernannte Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Er war dazu verfassungsrechtlich nicht gezwungen; er tat es, weil er die konservativ-autoritäre Wende der antidemokratischen Rechten vorzog. Wenige Wochen später unterzeichnete er die „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28. Februar 1933, mit der die Grundrechte außer Kraft gesetzt wurden – die eigentliche rechtliche Grundlage von Verhaftungswellen, Konzentrationslagern und Terror. Er unterzeichnete das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933, mit dem jüdische und politisch missliebige Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst entfernt wurden. Und nach den Morden des sogenannten „Röhm-Putsches“ im Sommer 1934 gratulierte er Hitler statt die Verbrechen zu ahnden.

Hindenburg war kein Widerstandskämpfer, der überwältigt wurde. Er war der Türöffner. Wer ihm einen Platz widmet, ehrt einen der Männer, ohne die der deutsche Faschismus nicht an die Macht gekommen wäre. Zahlreiche Städte haben daraus längst Konsequenzen gezogen und Hindenburg Ehrenbürgerrechte und Straßennamen entzogen. Es ist Zeit, dass Bad Sooden-Allendorf diesen Schritt ebenfalls geht.

Der Platz soll dabei nicht namenlos werden. Wir schlagen vor, an die Stelle des Steigbügelhalters Menschen zu setzen, die Opfer des Faschismus wurden oder ihm entgegengetreten sind.

Die Namensvorschläge

Rudolf-Bodenheim-Platz

Rudolf Bodenheim (1865–1943)

Rudolf Bodenheim wurde am 27. November 1865 in Allendorf an der Werra geboren. Seine Familie prägte die Wirtschaftsgeschichte unserer Stadt wie kaum eine zweite: Sein Großvater Gumpert Bodenheim gründete 1853 am Allendorfer Marktplatz die erste Tütenfabrik der Welt, die als „Bodenheim & Co.“ zum Weltmarktführer aufstieg, zeitweise rund 300 Menschen beschäftigte und dem durch den Niedergang des Salzhandels verarmten Allendorf wirtschaftliche Perspektiven zurückgab.

1887 übernahm Rudolf Bodenheim mit erst 22 Jahren die kaufmännische Leitung der Firma und führte sie über Jahrzehnte erfolgreich weiter. Er war ein angesehener und selbstverständlicher Teil der Stadtgesellschaft: Wohltäter der Stiftung „Kinderkurheim Werraland“, ab 1916 Mitglied des „Stern-Klubs“, jenes Kreises aus Ärzten, Pfarrern, Juristen und Beamten, in dem sich die Honoratioren Allendorfs und Soodens trafen. Im Ersten Weltkrieg meldete er sich – wie Zehntausende deutsche Juden – freiwillig und diente als Offizier. Er war getaufter Christ.

Nichts davon zählte. Nach den nationalsozialistischen Rassegesetzen galt er als Jude. 1933 legte er die Geschäftsführung nieder. Sein Name verschwand aus den Listen der Wohltäter. Seine letzte Teilnahme am Stern-Klub fällt auf die Tage unmittelbar nach der Pogromnacht vom 9. November 1938. Ein Allendorfer Amtsgerichtsrat wurde angezeigt, weil er ihn noch besuchte. Der NSDAP-Ortsgruppenleiter kündigte nach einer Beerdigung 1942 offen an, er werde dafür sorgen, dass Bodenheim „wegkomme“. Im Sommer 1942 musste er seine Wohnung räumen; sein Eigentum wurde verwertet. In seinem letzten erhaltenen Brief vom 21. August 1942 schrieb der 76-Jährige, man sei „lebendig tot“. Am 8. September 1942 wurde Rudolf Bodenheim von Kassel aus mit dem Sammeltransport XV/1 nach Theresienstadt deportiert. Dort starb er am 4. Januar 1943. Seine Schwester Hedwig wurde 1944 ebenfalls nach Theresienstadt verschleppt und kam dort um.

Seit dem 13. November 2021 erinnert ein Stolperstein vor seiner ehemaligen Villa an ihn; am früheren Fabrikgebäude am Marktplatz besteht eine Erinnerungstafel.

Warum diese Ehrung? Rudolf Bodenheim ist der stärkste Vorschlag, wenn es darum geht, aus der Umbenennung ein Stück gelebte Stadtgeschichte zu machen. Er war einer von uns: hier geboren, hier verwurzelt, Arbeitgeber und Mäzen dieser Stadt – und er wurde aus dieser Stadt heraus in den Tod geschickt, weil Nachbarn schwiegen, wegsahen oder mitmachten. Ein Rudolf-Bodenheim-Platz an der Stelle des Hindenburgplatzes wäre die denkbar klarste Aussage: Wir ehren nicht den, der die Verfolgung ermöglichte, sondern den, der ihr zum Opfer fiel. Und wir ehren einen Bürger, dessen Familie diese Stadt mit aufgebaut hat.

Dr.-Walter-Lübcke-Platz

Dr. Walter Lübcke (1953–2019)

Walter Lübcke, geboren 1953 in Bad Wildungen, war Kommunalpolitiker, hessischer Landtagsabgeordneter und ab 2009 Regierungspräsident des Regierungsbezirks Kassel – also auch zuständig für den Werra-Meißner-Kreis und für Bad Sooden-Allendorf. Er war Mitglied der CDU.

Auf einer Bürgerversammlung in Lohfelden im Oktober 2015 verteidigte er die Aufnahme von Geflüchteten gegen den lautstarken Protest von Rechtsextremen und stellte klar, dass es zu den christlichen Werten gehöre, Menschen in Not zu helfen – wem das nicht passe, dem stehe es frei, dieses Land zu verlassen. Ein Mitschnitt dieser Sätze wurde von Rechtsextremen im Netz verbreitet; es folgten jahrelange Hass- und Drohkampagnen.

In der Nacht zum 2. Juni 2019 wurde Walter Lübcke auf der Terrasse seines Hauses in Wolfhagen-Istha durch einen Kopfschuss ermordet. Der Täter, der Neonazi Stephan Ernst, wurde im Januar 2021 vom Oberlandesgericht Frankfurt am Main wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Es war der erste Mord an einem Repräsentanten des demokratischen Staates durch einen Rechtsextremen in der Geschichte der Bundesrepublik.

Warum diese Ehrung? Der Mord an Walter Lübcke ist in unserer Region geschehen, an unserem Regierungspräsidenten, wegen einer Haltung, die er in einer Bürgerversammlung vertreten hat – so wie sie hier in jeder Stadtverordnetenversammlung vertreten wird. Er zeigt, dass rechter Terror kein historisches Thema ist und keine Frage ferner Großstädte, sondern hier, in Nordhessen, tödliche Realität war. Dass unsere Fraktion einen CDU-Politiker vorschlägt, ist ausdrücklich gewollt: Die Verteidigung von Menschenwürde und Demokratie ist keine Angelegenheit einer einzelnen Partei. Ein Dr.-Walter-Lübcke-Platz wäre ein Bekenntnis über Fraktionsgrenzen hinweg und ein Zeichen des Schutzes für alle, die sich heute kommunalpolitisch engagieren und dafür angefeindet werden.

Rosa-Luxemburg-Platz

Rosa Luxemburg (1871–1919)

Rosa Luxemburg, geboren am 5. März 1871 im damals russisch beherrschten Zamość, war Ökonomin, politische Theoretikerin und eine der bedeutendsten sozialistischen Denkerinnen Europas. Als Frau, Jüdin, Migrantin und Sozialistin kämpfte sie sich gegen sämtliche Widerstände ihrer Zeit an die Spitze der Arbeiterbewegung.

Sie war eine unbeirrbar Gegnerin des Krieges. Während nahezu die gesamte politische Führung Deutschlands 1914 in Kriegsbegeisterung verfiel, warnte sie vor dem Massensterben und agitierte gegen die Kriegskredite. Den größten Teil des Ersten Weltkriegs verbrachte sie deshalb in Haft. Aus dem Gefängnis heraus verfasste sie mit Karl Liebknecht die Spartakusbriefe; sie gehörte zu den Gründerinnen und Gründern des Spartakusbundes und der KPD.

Sie war zugleich eine kompromisslose Verteidigerin demokratischer Freiheit auch gegen die eigenen Genossen. Ihre Kritik an der Einschränkung von Presse-, Versammlungs- und Wahlfreiheit durch die Bolschewiki gipfelte in dem Satz, Freiheit sei immer die Freiheit der Andersdenkenden – bis heute einer der meistzitierten Sätze der deutschen Demokratiegeschichte.

Am 15. Januar 1919 wurde Rosa Luxemburg gemeinsam mit Karl Liebknecht von Angehörigen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division in Berlin verschleppt, misshandelt und ermordet; ihr Leichnam wurde in den Landwehrkanal geworfen und erst Monate später gefunden. Die Täter kamen aus jenem rechten Freikorps- und Militärmilieu, das die Republik von Beginn an bekämpfte und aus dem sich später ein Teil des nationalsozialistischen Führungspersonals rekrutierte. Die juristische Aufarbeitung der Morde blieb ein Skandal.

Warum diese Ehrung? Rosa Luxemburg steht für das genaue Gegenteil dessen, wofür Hindenburg steht: gegen Militarismus statt für ihn, für Internationalismus statt für nationalen Größenwahn, für die Freiheit der Andersdenkenden statt für die Ausschaltung des Parlaments. Ihre Ermordung reiht sich ein in die Kette rechter Gewalttaten, die über 1933 bis zum NSU und bis zum Mord an Walter Lübcke und den Anschlägen von Hanau und Halle reicht. Zugleich würde die Stadt mit ihr eine Frau ehren – in einem Straßen- und Platzverzeichnis, das wie fast überall in Deutschland von Männernamen dominiert wird.

Warum jetzt?

In Deutschland erzielen extrem rechte Kräfte Wahlergebnisse, wie es sie seit Bestehen der Bundesrepublik nicht gegeben hat. Der Verfassungsschutz zählt seit Jahren steigende Zahlen rechtsextrem motivierter Straf- und Gewalttaten. Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, Ehrenamtliche, Journalistinnen und Journalisten werden bedroht; manche geben ihr Engagement auf. In der Ukraine führt Russland einen Angriffskrieg, in mehreren europäischen Staaten regieren oder tolerieren Parteien der extremen Rechten, die den Rechtsstaat, die Pressefreiheit und die Rechte von Minderheiten aushöhlen. Das Muster ist nicht neu: Autoritäre Kräfte kommen selten durch Putsch an die Macht, sondern weil bürgerliche und konservative Kräfte glauben, sie einbinden, zähmen oder für eigene Zwecke nutzen zu können. Genau das war Hindenburgs Fehlkalkulation im Januar 1933.

Nordhessen hat den Preis dieser Entwicklung bereits bezahlt: mit dem NSU-Mord an Halit Yozgat in Kassel 2006 und mit dem Mord an Walter Lübcke 2019.

Eine Platzumbenennung verhindert für sich genommen keine einzige Straftat. Aber sie ist eine Aussage darüber, wer wir sein wollen. Sie kostet wenig und wirkt lange. Und sie ist ein sichtbares Zeichen an alle, die in dieser Stadt leben, arbeiten und zu Gast sind: Bad Sooden-Allendorf ehrt nicht die Wegbereiter des Faschismus. Bad Sooden-Allendorf erinnert an seine Opfer und an die, die ihm widerstanden haben.

Robert Jabs

Für die Fraktion Die Linke.

